

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landrat,

wir bedanken uns bei Herrn Kowalski und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für den Haushaltsentwurf und wollen die Gelegenheit nutzen, einige Dinge anzusprechen, die uns als LINKE sehr am Herzen liegen.

Dass die Busse im **ÖPNV** nicht besser ausgelastet sind, ist sicherlich unbefriedigend. Dennoch halten wir es für unverantwortlich, jetzt schon Forderungen nach einer Einschränkung der Verbindungen oder nach Umstellungen auf ein für die Nutzer mit höheren Hürden verbundenes Rufbus-System zu stellen. Herr Griensteidl hat in der letzten Sitzung des Kreisausschusses deutlich gemacht, dass ausgehend von der geringen Abrufquote Rufbusse nur eine geringe Akzeptanz in der Bevölkerung haben. Sie wären aufgrund der hohen Fixkosten sehr teuer.

Kreisverwaltung und Kreistagsmitglieder wissen sehr wohl, dass die Vertreter der Verkehrsbetriebe basierend auf ihren Erfahrungen in ähnlichen Situationen, davon ausgehen, dass man für die Akzeptanz der Nutzer einen langen Atem braucht. Wenn wir zu früh Einschränkungen vornehmen, wird es sehr schwer, diese zu einem späteren Zeitpunkt wieder rückgängig zu machen.

Darüber hinaus kritisiert DIE LINKE schon seit Jahren die zu hohen Fahrpreise. Wir fordern seit vielen Jahren ein **vergünstigtes Sozialticket für den Kreis Birkenfeld**, insbesondere für Menschen, die Anspruch auf den auf Antrag der LINKEN einstimmig eingeführten Familien- und Sozialpass haben, aber auch für Studierende, Auszubildende und Rentnerinnen und Rentner. Es ist nicht als eigenständiges Ticket zu verstehen, sondern als Zuschuss des Kreises zum Deutschlandticket für den eben genannten Personenkreis. Gerade für Rentnerinnen und Rentner, denen es auch durch geplante EU-Vorgaben immer schwerer gemacht wird, ein Auto zu fahren, könnte ein sehr preiswertes Ticket den Umstieg auf den ÖPNV erleichtern.

Bleiben wir bei den Seniorinnen und Senioren. Bei der Beantwortung des Fragebogens der LINKEN an die Landratskandidatinnen und -kandidaten gab es bei keinem anderen Punkt eine so große Übereinstimmung wie bei der Frage nach einem Seniorenbeirat auf Kreisebene. Alle, die geantwortet haben, können sich grundsätzlich einen Seniorenbeirat auf Kreisebene (oder eine ähnliche Institution) vorstellen.

Wir beantragen, dass die Kreisverwaltung in einer der nächsten Kreistagssitzungen darlegt, wie die **Interessen der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger** derzeit durch das Seniorenamt des Landkreises vertreten werden und ob es sinnvoll und machbar wäre, zusätzliche Möglichkeiten unter Einbeziehung der Zielgruppe zu schaffen bzw. einen Seniorenbeirat auf Kreisebene einzurichten.

Die LINKE hat den Eindruck, dass es im Kreis Birkenfeld gerade für ärmere Menschen immer schwieriger wird, bezahlbaren und bedarfsgerechten

Wohnraum zu finden und beantragt, dass die Kreisverwaltung in einer der nächsten Kreistagssitzungen den Punkt "**Wohnungssituation im Kreis Birkenfeld**" auf die Tagesordnung setzt und dazu auch Vertreter der KSG und der OBG einlädt, um sich ein Bild zu machen und eventuell Einfluss nehmen zu können.

Wir freuen uns, dass die dringend notwendigen **Erweiterungsbauten für die Realschule Plus in Birkenfeld und die Förderschule Nahetal** in Idar-Oberstein im Investitionshaushalt abgebildet werden, und das sehr engagierte Lehrpersonal nicht länger den Mangel verwalten muss. Ebenso halten wir es für sehr wichtig, dass das Lehrpersonal an der größten Schule im Kreis, der BBS Idar-Oberstein, vollumfänglich unterstützt wird, damit auch hier wieder ein qualitativ hochwertiger Unterricht stattfinden kann. Verbunden mit der Möglichkeit, weitere Klassen einzurichten. Die Zukunftsfähigkeit der BBS muss erhalten bleiben!

Der unnötige Ausbau der B 269 bei Hattgenstein auf einigen hundert Metern zu einer Rennstrecke dürfte am Widerstand verschiedener kommunaler Vertretungen, einschließlich der Mehrheit der Kreistagsmitglieder, hoffentlich endgültig gescheitert sein.

Unbedingt notwendig ist hingegen die **Instandsetzung der Kreisstraßen**, die nur auf einem zufriedenstellenden Niveau vorgesehen ist und durchaus umfangreicher ausfallen könnte.

Wir sprechen uns an dieser Stelle nochmals klar gegen eine Abstufung der K7 zwischen Gollenberg und Birkenfeld aus und regen stattdessen an, diesen Straßenabschnitt schnellstmöglich zu sanieren. Über diese Straße läuft ein Großteil des Verkehrs von Hattgenstein sowie dem Ferienpark und dem Ort Oberhambach nach und von Birkenfeld. Eine auch von uns als notwendig erachtete Ortsumgehung Ellenberg wird daran nicht scheitern.

Als problematisch sehen wir die deutliche Reduzierung der Weiterleitung der Landesmittel für die Flüchtlingsaufnahme an die Vgs und die Stadt Idar-Oberstein an.

Auch im Landkreis Birkenfeld kandidieren etliche Bürgermeister oder Ratsmitglieder nicht mehr neu oder treten zurück, weil sie zunehmend frustriert sind, in ihrer **Gemeinde keine Gestaltungsmöglichkeiten** zu haben.

Es ist davon auszugehen, dass nach einer Erhöhung der Kreisumlage die Gemeinden nachziehen, negative Haushalte aufstellen und ihrerseits die Grundsteuer B erhöhen müssen.

Schon jetzt müssen Dörfer über 80 Prozent ihrer Einnahmen, vor allem für Umlagen, an Verbandsgemeinde und Kreis, abführen. Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass die Anschaffung einer neuen Schaukel für den Kinderspielplatz, die Reparatur des Glockenturms, einer Ruhebänk oder die Sanierung von Gemeindestraßen oder kaputter Kanal- und Wasserleitungen zu einem großen Problem wird und zu Frust bei den Einwohnern führt.

Leider fällt der ADD nichts anderes ein, als die Kreise und Kommunen kaputt zu sparen!

Die derzeitige Situation wird als „demokratiegefährdend“ empfunden und muss schnellstmöglich geändert werden!

Wir erkennen durchaus an, dass die Landesregierung dem Kreis einen Teil seiner Schulden erlässt und ihn auch mit Zuschüssen unterstützt. Dennoch reicht dies bei weitem nicht aus, um die dem Kreis übertragenen Pflichtaufgaben zu erfüllen. Die freiwilligen Leistungen des Kreises betragen im aktuellen Haushaltsentwurf gerade einmal 1,4 Prozent.

Die rheinland-pfälzische Landrätekonzferenz hat sich mit den Kreishaushalten 2024 befasst und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die **Finanzsituation der Kreise trotz Erhöhungen der Kreisumlage als perspektivlos bezeichnet** werden muss.

Die Folge: Die Kreise müssen neue Kassenkredite in Millionenhöhe aufnehmen - obwohl der Kassenkreditbestand im Rahmen des Kommunalen Entschuldungshilfeprogramms Rheinland-Pfalz (PEK-RP) durch Schuldenübernahmen des Landes um rund 500 Millionen Euro sinken sollte. Der gewünschte **Effekt des PEK-RP ist damit bereits zu Beginn des Entschuldungsprogramms mehr als gefährdet.**

Auch wenn die Unterstützer der Mainzer Regierungskoalition im Kreistag Birkenfeld dies naturgemäß anders sehen, bleibt es bei der seit vielen Jahren von der Kreistagsfraktion DIE LINKE erhobenen Forderung, die auch aktuell wieder vom Landkreistag bestätigt wurde:

Das Land Rheinland-Pfalz muss dringend seine Leistungen an die Kreise, Städte und Gemeinden aufstocken, sowie neue Aufgaben auf die kommunale Ebene nur noch unter strikter Beachtung des Konnexitätsprinzips übertragen.

Wir sagen NEIN zu diesem von Bund und Land zu verantwortenden Schuldenhaushalt, der zu Lasten unserer Bevölkerung und auch der nachfolgenden Generationen geht.

Tanja Krauth / Rainer Böß
Kreistags-Fraktion DIE LINKE Birkenfeld
(im Februar 2024)